

Basta!

Nr. 2 / Mai 2010

Basels starke Alternative

Ja zur Parkraum- bewirtschaftung

Abstimmung

Mutationen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Wir warten schon seit Jahren auf die Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Nach der Werkstatt Basel 2001, nach der Abstimmung 2004 über die Aufhebung des Verbotes von Parkhäusern in der Innenstadt, nach dem Round Table 2006, an dem Verkehrs- und Umweltverbände teilgenommen haben, ist endlich das lang ersehnte Parkraumbewirtschaftungskonzept da.



Die Parkraumbewirtschaftung ist die zielgerichtete Steuerung des Verhältnisses von parkplatzsuchenden Autos zu den Parkplätzen im öffentlichen Strassenraum.

Sie verfolgt verschiedene Ziele wie die Senkung des Suchverkehrs und somit die Senkung von Lärm und Umweltbelastung, die Bereitstellung von Parkraum für Gewerbetreibende und AnwohnerInnen und die Erreichung eines durchschnittlichen Auslastungsgrades auf gebührenpflichtigen Parkplätzen von 80%. Damit soll letztlich erreicht werden, dass jemand, der einen Parkplatz sucht, auch einen findet, ohne im ganzen Quartier herumfahren zu müssen. Dies ist aber nicht mehr kostenlos. Die Kostenpflicht ist das lenkende Element des Parkraumkonzeptes.

Eigentlich bleibt ja vieles beim Alten. Die bestehende Anwohner- und Gewerbestraassenparkkarte wird gleich teuer bleiben. Parkieren mit Parkscheibe in der blauen Zone bleibt weiterhin für anderthalb Stunden gratis. Auch über den Mittag, abends ab 19 Uhr und sonntags kann auf den blauen Parkfeldern wie bis anhin gratis parkiert werden. Die grosse Änderung ist die Aufhebung von weissen Parkplätzen, bezie-

ungsweise deren Umwandlung in blaue. Das Gratis-Parkieren auf Allmend rund um die Uhr wird aufgehoben.

Wir werden am 13. Juni über die Vorlage abstimmen, weil der Gewerbeverband Basel das Referendum ergriffen hat. Hauptargument – eingeflüstert vom Gewerbeverband Baselland – ist das unkoordinierte Vorgehen mit den Nachbargemeinden. Dieses Argument ist nur ein Scheinargument. Denn viele angrenzenden Gemeinden planen seit der Bekanntgabe des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes im Jahr 2007 bereits die Bewirtschaftung ihrer eigenen Parkplätze oder
Fortsetzung S. 2

PARKIEREN STATT SUCHEN
SCHONT
UMWELT UND
NERVEN

PARKORDNUNG **JA**

13. JUNI:
JA zur Parkraumbewirtschaftung

www.parkordnung.ch

Parkraumbewirtschaftung (Fortsetzung)

haben sie bereits eingeführt. Birsfelden und Binningen haben die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend eingeführt. Die Erfahrungen sind dort sehr gut. Es sind auch runde Tische geplant, um das Vorgehen unter den Gemeinden zu koordinieren. Der Basler Regierungsrat hat bereits signalisiert, an diesen Gesprächen teilnehmen zu wollen.

Eigentlich geht es um die heilige Kuh „gratis Parkieren auf Allmend“. Ein Automobilist kann heute das Auto gratis auf Allmend abstellen. Allmend ist aber die Fläche, die allen – auch der autolosen Bevölkerung – gehört. In der Regel wird Allmend bewirtschaftet: Wenn jemand einen Stand auf die Strasse oder in einem Strassencafé einige Tische und Stühle auf das

Trottoir stellt, dann muss er Allmendgebühren bezahlen. Das Abstellen eines Autos in der weissen Zone hingegen war bis jetzt gratis. Schon nur diese grundsätzliche Ungleichbehandlung muss aufgehoben werden.

Ein Kritikpunkt am Parkraumbewirtschaftungskonzept sind die Preise. Malama und Co. sehen die ganze städtische Wirtschaft durch diese (aus ihrer Sicht zu hohen) Preise gefährdet. Wahr ist aber, dass andere Städte wie Bern, Luzern oder Zürich die Parkraumbewirtschaftung bereits eingeführt haben, zu viel höheren Preisen und ohne negative Folgen für Gewerbe oder Tourismus. Im Gegensatz zu Zürich oder Bern können sich Pendler in Basel sogar einen Parkplatz mittels Parkkarte erkaufen.

Aus unserer Sicht und im Vergleich zu anderen Städten sind die Parkkarten eher

zu billig. Ob so der erwünschte Umsteigeeffekt stattfindet, ob der Suchverkehr in den Quartieren abnimmt, muss sich erst noch zeigen. Falls nicht, hätten wir mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept immer noch die Möglichkeit, mittels Preiserhöhungen den gewünschten Lenkungseffekt zu erzielen.

Trotz Kritik an der Preisgestaltung ist es wichtig, am 13. Juni Ja zu stimmen. Es geht um eine wegweisende Abstimmung, bei der verkehrspolitische Weichen gestellt werden. Wenn das Referendum durchkommt, werden bürgerliche Parteien und Verbände wie der Gewerbeverband und der kränkelnde TCS die Verkehrspolitik der nächsten Jahren bestimmen. Mit einem Ja an der Urne können wir dieses unerfreuliche Szenario verhindern.

Patrizia Bernasconi

Initiative „gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs“

Abstimmung 13. Juni

Die Initiative fordert 1. den Antennenwildwuchs einzudämmen, 2. Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und überall dort, wo sich Menschen aufhalten, auf das absolut Notwendige zu beschränken, 3. die optimale Koordination der Mobilfunkstandorte durchsetzen, 4. Risiken zu vermeiden und 5. bekannte oder nicht geklärte Beeinträchtigungen von Gesundheit und Wohlbefinden auf ein Minimum zu reduzieren. Ausserdem soll ein Strahlenbelastungskataster aufgebaut werden und eine «gute Gesamtwirkung» in Bezug auf Ästhetik erreicht werden.



Der Regierungsrat hat auf die Initiative mit einem Gegenvorschlag geantwortet, der jedoch einen Teil der Anliegen der Initiative nicht berücksichtigt. Darauf hat eine Minderheit der

Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission versucht, diese Anliegen aufzugreifen und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die Initiative umzusetzen. Der Grosse Rat lehnte aber dieses Minderheitenanliegen der UVEK ab. Deshalb hat das Initiativkomitee die Initiative nicht zurückgezogen.

Es verdichten sich Hinweise, dass Mobilfunkstrahlung unterhalb der geltenden Grenzwerte gesundheitsschädigend sein kann. Hinweise gibt es auf Genotoxizität, Hirntumorrisiko bei Langzeitnutzung und Beeinträchtigung des kognitiven Verhaltens (als Genotoxizität bezeichnet man die

Wirkungen von chemischen Stoffen, die Änderungen im genetischen Material von Zellen auslösen). Die Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz empfehlen deshalb eine Grenzwertsenkung als Vorsorgeempfehlung zur Reduktion der Belastung.

Der Bericht des Regierungsrats zeigt, dass ein gewisses Problembewusstsein vorhanden ist. Bei der genaueren Lektüre kommt man aber zum Schluss, dass die vorgeschlagene Lösung mehr als dürftig ist. Gemäss dem Gegenvorschlag des Regierungsrates soll der Kanton den weiteren Ausbau optimieren, indem er seine Liegenschaften als Antennen-Standort zur Verfügung stellt. Die Absicht ist also, die Belastung zu reduzieren, wenn eine Antenne auf einer kantonalen statt einer privaten Liegenschaft steht. Diese Absicht ist sehr zu begrüssen. Es braucht aber eine verbindliche Regelung, die dann die Strahlenbelastung tatsächlich reduziert. Ohne eine solche Regelung bleiben alle bisherigen Anlagen mit der maximal zulässigen Strahlung

bestehen, und zusätzlich werden Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und auf Allmend zur Verfügung gestellt. Dies führt - da mehr Anlagen ohne verbindliche Beschränkung in Betrieb genommen werden - unweigerlich zu einer Erhöhung der Gesamtstrahlenbelastung.

Wenn eindringlich vor der Strahlungsgefahr gewarnt wird, so sollen unnötige Dienste wie Fernsehen auf dem Handy nicht als Begründung für mehr Antennen stehen und die gesundheitlichen Bedenken prioritär behandelt werden. Für das normale Telefonieren und Internet reicht erwiesenermassen ein sanfter Mobilfunk und deshalb:

Ja zur Initiative „gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs“ und bei der Stichfrage „Initiative“ ankreuzen. Der Gegenvorschlag sollte abgelehnt werden, da dieser das bis anhin gültige Moratorium für Antennen auf kantonalen Gebäuden aufhebt.

*Michael Wüthrich
(Der Artikel wurde stark gekürzt)*

Nicht die Arbeitslosen bekämpfen, sondern die Arbeitslosigkeit!

Ein breites Bündnis, bestehend aus SGB, Unia, Travail.Suisse, SPS, Grüne Partei und Arbeitslosenkomitees, hat das Referendum gegen die Revision des Arbeitslosenversicherungs-Gesetzes (AVIG) ergriffen. Das revidierte Gesetz ist unfair, unsozial, unsinnig und deshalb unannehmbar.



Der beschlossene Leistungsabbau stellt die Verhältnisse auf den Kopf; es belohnt die Abzocker und bestraft das Volk: Die Arbeitslosen will man mit dieser Revision bestrafen, während

diejenigen, welche Arbeitsplätze abbauen, schon wieder mit hohen Managerlöhnen und Boni belohnt werden!

Es sind vor allem die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Jungen, die nach der Ausbildung keine Stelle finden, die von dieser Abbau-Vorlage besonders betroffen wären. Die über 55-Jährigen müssten in Zukunft eine Beitragszeit von zwei Jahren nachweisen können, um in den Genuss der vollen Leistung von derzeit 520 Taggeldern zu kommen. Wer mit über 55 Jahren arbeitslos wird, hat aber kaum mehr eine Chance, eine neue Stelle zu finden, und muss sich oft mit Temporärjobs zufrieden geben. Und die Jungen müssten nach der Ausbildung länger auf Taggelder warten und würden weniger lang Arbeitslosengeld beziehen können. Bestraft würden mit dieser Revision auch die Wiedereinsteigerinnen, die nach einer Scheidung oder dem Tod des Ehegatten gezwungen sind, Arbeit zu suchen oder ihr Pensum zu erhöhen.

Die vom Parlament beschlossene Revision wird vor allem dazu führen, die Kosten



Abzocker belohnen,
Volk bestrafen?

NEIN zum Abbau der
Arbeitslosenversicherung

auf die Kantone und Gemeinden zu verlagern. Besonders hart trifft es Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, denn es soll künftig für diese nicht mehr möglich sein, die Zahl der Taggelder von 400 auf 520 zu erhöhen. Gerade die aktuelle, regional sehr unterschiedlich ausgeprägte Krise zeigt, dass dieses Instrument für die betroffenen Kantone wichtig ist. Wenn wir von den heutigen Zahlen ausgehen, würde ein Drittel der Arbeitslosen durch die Revision den Leistungsanspruch verlieren! Das sind mehrere zehntausend Personen, die sich bei der Sozialhilfe melden müssten!

Die Revision hat auch einen gefährlichen „Lohndumping-Effekt“. Einerseits wird für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer praktisch jede angebotene Stelle als zumutbar erklärt. Und andererseits stehen Arbeitslose, deren Anspruch auf Taggelder ausläuft, unter grossem Druck,

auch schlecht bezahlte Stellen anzunehmen. Vor allem Migrantinnen und Migranten aus Drittländern fürchten zu Recht, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, wenn sie Sozialhilfe beziehen. Das revidierte Gesetz führt deshalb auch dazu, dass die Konkurrenz zwischen den Arbeitslosen und den Arbeitenden verschärft wird.

Schliesslich sollen mit der Revision auch die Einnahmen erhöht werden, um die Schulden der Arbeitslosenversicherung abzubauen. Mit dem bestehenden Gesetz könnte der Bundesrat noch dieses Jahr die Beitragssätze um maximal 0.5 Prozent (1'150 Mio. Franken Mehreinnahmen) erhöhen und das Solidaritätsprozentsatz auf hohen Löhnen (160 Mio. Franken) einführen. Auf der Einnahmenseite würde deshalb ohne Revision mehr Geld zur Verfügung stehen, als mit der Revision!

Rita Schiavi

ERWIN von Theiss



Quelle: Strassenmagazin Surprise

Die Grosse Reform – die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung

Debatte soziale Sicherheit

Das bestehende schweizerische Sozialversicherungssystem ist ein Netz, an dem seit Jahrzehnten ohne Gesamtschau geknüpft wird. Es wird immer komplizierter und weist erhebliche Mängel auf. Die meisten Einzelversicherungen orientieren sich nach wie vor am Modell der „männlichen Versorgerehe“, d.h., sie unterstellen kontinuierliche Arbeitsbiographien und standardisierte Arbeitszeiten. In Wirklichkeit hat sich die Erwerbsarbeitswelt in den letzten Jahrzehnten jedoch massiv verändert.

Mehr und mehr Frauen sind erwerbstätig, aufgrund ihrer Doppelbelastung mit Familienpflichten vorwiegend mit kleinen Pensionen. Viele Erwerbsbiographien sind von Brüchen und Wechseln geprägt. Prekarierte Formen der Erwerbsarbeit (z.B. Scheinselbstständigkeit und Temporärarbeit) gewinnen an Bedeutung, und Kinder werden zunehmend zu einem Armutsrisiko, das nirgends abgesichert ist. Schliesslich wird das Fehlen einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung immer problematischer.

Obwohl diese offenkundigen Mängel in breiten Kreisen anerkannt werden, gibt es bislang keine echten umfassenden Reformvorschläge. Vielmehr werden die bestehenden einzelnen Sozialversicherungszweige aus politischem Kalkül gegeneinander in

Stellung gebracht. In verschiedenen Revisionsrunden werden die Leistungen verschlechtert. Unter anderem wurden die Taggelder und die Leistungsdauer in der Arbeitslosenversicherung reduziert und die Renten in der IV gekürzt. Die Standardbeurteilung der neoliberalen „Reformer“ für diese Abbaurunden lautet jeweils, die Selbstverantwortung jedes Einzelnen müsse gestärkt werden, jeder und jede habe als „Ich-AG“, als Manager seiner Arbeitskraft seine „employability“ zu steigern und verbleibende Restrisiken allenfalls privat zu versichern, statt auf die Hängematte des Sozialstaates zu hoffen. Allerdings machen gerade gegenwärtig die Massentlassungen mehr als deutlich, dass die Erwerbsrisiken in unserem System eben weitgehend nicht individuell beeinflussbar sind, sondern ihren Ursprung in der Dynamik der kapitalistisch verfassten Arbeitswelt haben und damit für die einzelnen fremdbestimmt und unberechenbar bleiben.

Der Zeitpunkt ist nun gekommen, um das Netz für den gesamten Bereich des Erwerbsersatzes und der Existenzsicherung aus einer ganzheitlichen Sicht neu zu knüpfen. Der Vorschlag der Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV gibt eine kohärente Antwort auf das tiefgreifende Auseinanderklaffen zwischen der realen Entwicklung der Arbeits- und Erwerbsverhältnisse einerseits und der Ausgestaltung unseres aufgesplittert ge-

wachsenen Sozialversicherungssystems andererseits. Der Reformvorschlag der AEV umfasst folgende Kernelemente:

- Anstelle der bisherigen Palette von Einzelversicherungen wird eine einzige Sozialversicherung geschaffen, die für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz die materielle Existenz während der Erwerbsphase sichert.

- Wer aufgrund von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Zivil- und Militärdienst, Mutterschaft oder Einbindung in die Kleinkinderbetreuung keine oder nur begrenzt entgeltliche Arbeit leisten kann oder keine annehmbare Arbeit zur Verfügung gestellt erhält, ist durch die AEV mittels Taggeldern in der Höhe von 80 % des bisherigen Lohnes gesichert. Wer keine Unterhaltspflicht gegenüber Kindern hat, erhält 70 % des letztversicherten Lohnes. Wer dauerhaft erwerbsunfähig ist, erhält eine Rente in der Höhe der Taggelder. Nach oben sind die Leistungen plafoniert. Bei Unfall und Krankheit bleibt das heutige Leistungs niveau durch Arbeitgeberzuschüsse gewahrt. Die heutige Lücke bei den Krankentaggeldern ist damit geschlossen.

- Die AEV basiert auf der Vorstellung der Gegenseitigkeit. Sie verknüpft die Pflicht zur Erwerbsarbeit mit dem Recht auf „decent work“, d.h. dem Recht auf würdige Arbeit im Sinne der ILO. Der Druck auf Erwerbslose, jegliche noch so prekäre Arbeit annehmen zu müssen – mit all ihren fatalen menschlichen, sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Folgen – wird damit aufgehoben.

- Es gibt einen zeitlich unbeschränkten Anspruch auf Taggelder für Leute, die mindestens 5 Jahre Wohnsitz in der Schweiz hatten.

- Mit dem uneingeschränkten Einbezug von selbständig Erwerbenden und mit der Einführung von AEV-Familienergänzungsleistungen werden zwei weitere grosse Lücken im Netz der sozialen Sicherheit geschlossen.

- Die Sozialhilfe wird in die AEV integriert und auf eine gesamtschweizerisch

Fortsetzung nächste Seite



Für nachhaltige Energiegewinnung – für sparsamen Energiekonsum – gegen AKW

junges grünes bündnis

...So lautet unser Jahresthema, das wir auf vielseitige Weise und mit viel Elan und Kreativität verfolgen. Vom 12. Bis 13. März haben sich Mitglieder des jgb in einer Waldhütte in der Nähe Gelterkindens zurückgezogen, Energie getankt, viele Ideen ausgebrütet und unter anderem an unserem Jahresthema weitergearbeitet.



Wir begannen, das Wochenende der jungen grünen Schweiz zu planen. Dieses findet im September in Basel statt und wird sich um das Thema AKW/erneuerbare

Energie drehen. Unser Jahresthema wird uns also auch hier begleiten und wir hoffen, dass unsere guten Ideen so in die ganze Schweiz hinausgetragen werden und zu erfolgreiche Aktionen führen.

Am 27. März von 20.30 bis 21.30 Uhr Ortszeit fand die Aktion „Globales Lichtlöschen für das Klima“ statt, die so genannte **Earth hour**. Der WWF will mit dieser Aktion ein Zeichen setzen für Stromsparen und den Klimaschutz.

Vor allem grosse Wahrzeichen der Städte sollten für eine Stunde nicht beleuchtet werden. Diese riesigen Gebilde werden oft mit grossem Energieaufwand und völlig grundlos die ganze Nacht über beleuchtet.

Städte wie Berlin, Paris, New York sowie 30 Städte und Gemeinden in der Schweiz wollten sich beteiligen, das Brandenburger Tor, der Eiffelturm, das Empire State Building sollten im Dunkeln liegen...

Und Basel macht nicht mit?!

Als wir dies mitbekommen haben, waren wir empört. Frei nach unserem Motto „mache statt motze“ haben wir Ideen für eine Aktion gesucht. Weil die Zeit drängte,

entschieden wir uns für eine kleine Aktion in der Gerbergasse.

Per Mail und Flyer luden wir zu einem Spielabend in der Gerbergasse ein. Wenn Basel schon nicht mitmachte, wollten wir mindestens unsere Lichter zu Hause ausknipst lassen und das vorhandene Licht der Schaufenster und Strassenlaternen nutzen. Light sharing sozusagen!

Wir legten Plachen. Machten es uns auf Kissen mit Spielkarten und Eile mit Weile gemütlich. Dazu fragten wir auf ausgelegten Plakaten: „bei uns zuhause ist das Licht aus, und bei dir?“

Neben dem Spielen kamen wir immer wieder mit einigen Leuten ins Gespräch. Dies war sehr spannend, da die meisten nicht unserem „gewöhnlichen Zielpublikum“ entsprachen.

Zum Beispiel eine Gruppe Jungendlicher, die mit den Begriffen „junge Grüne“ oder „linke Politik“ gar nichts anzufangen wusste und sich dann doch auf ein Gespräch einliess und anfangs, sich über unsere Überzeugungen Gedanken zu machen...

Diese Episoden und unser gemütliches Beisammensein lies uns mit dem Gefühl zurück, eine gelungene Aktion geplant und durchgeführt zu ha-

ben.

Dies tröstete uns ein bisschen darüber hinweg, dass Basel „als linke und grüne Stadt“ nicht an der WWF- Aktion teilgenommen hatte.

Nicht nur mit Strassenaktionen macht das jgb von sich hören.

So ist Ende März ein Gastbeitrag von unserer Co-Präsidentin Anina Ineichen in der BaZ erschienen. Sie forderte Basel auf, dem Komitee „Mühleberg Verfahren“ beizutreten, welches eine Stilllegung des AKW Mühleberg fordert. Nachzulesen auf unserer Website:

www.jungesgruenesbuendnis.ch

Unsere Website bekommt übrigens einen neuen Anstrich verpasst und es lohnt sich demnächst doppelt, bei uns vorbeizuschauen!

Im Namen des jgb: Lena Signer



Die Grosse Reform (Fortsetzung)

einheitliche Basis gestellt. Die Sozialhilfe wird davon entlastet, strukturelle Armutsprobleme abzufedern. Stattdessen wird sie wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt, Menschen in besonderen Notsituationen zu unterstützen.

Trotz substantieller Verbesserungen auf der Leistungsseite lassen unsere Berechnungen darauf schliessen, dass das Reformvorhaben insgesamt keine finanziellen Mehrbelastungen zur Folge hat. Denn die Stärkung der Versicherungsleistungen

führt dazu, dass die Sozialhilfe erheblich entlastet wird. Die Eliminierung von Privatversicherungen (Krankentaggeld, Unfall) führt zu einer Ersparnis von jährlich über 600 Mio. Franken. Die Staatsausgaben steigen zwar um geschätzte CHF 830 Mio, die Lohnprozente der Arbeitnehmer-schaft hingegen sinken leicht. Zudem wird die Beitragspflicht auf alle Lohnbestandteile ausgedehnt. Damit kommen zusätzlich mindestens CHF 900 Mio. zusammen, die zur Verkleinerung der Finanzierungslücken verwendet werden können, unter denen die heutigen Systeme - insbesondere die IV - leiden.

Es ist Zeit, aus den Verklemmungen herausfinden, in die die Sozialwerke durch den Dauerbeschluss von rechts geraten sind. Mit dem Reformvorschlag der AEV machen wir einen wesentlichen Schritt in Richtung einer gerechteren und sozialen Gesellschaft

Ruth Gurny, Beat Ringger

Buchveröffentlichung: Ruth Gurny, Beat Ringger. Die Grosse Reform – die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV. Verlag edition8, Zürich 2009. Im Buchhandel erhältlich oder zu bestellen auf www.denknetz-online.ch

Palästina – und wir?

Internationale Solidarität

Seit der Gründung Israels 1948 lebt das Land in einem latenten Krieg mit seinen Nachbarn, seit dem Sechstagekrieg hält es das Jordanland und den Gazastreifen besetzt, versucht durch illegale Siedlungen, einen Grenzzaun und ein repressives Besatzungsregime die Ansprüche der vertriebenen palästinensischen BewohnerInnen des Landes auf einen eigenen Staat abzuwehren und verletzt dabei ständig das Völkerrecht und die Menschenrechte. Was bedeutet das für den Alltag der PalästinenserInnen? Jan Suter leistete drei Monate Dienst als freiwilliger Menschenrechtsbeobachter in einem kleinen Dorf in der Westbank. Ein paar Impressionen und die Frage: was haben wir damit zu tun, was können wir tun?

Die jungen Männer haben sich bis auf die Unterhosen ausgezogen, umringt von anderen TouristInnen, und schicken sich an, in den grossen, wassergefüllten Zementtank zu steigen. Daneben steht ein Mann mit einem Sturmgewehr, auf den ein anderer Mann eindringlich einredet, begleitet von einem Europäer, der eine seltsame Weste trägt, auf der EAPPI steht. Der Gewehrträger ruft den jungen Burschen schliesslich etwas zu, sie ziehen sich an und die Touristengruppe zieht weiter.

Was wie eine Szene aus einem surrealistischen Film erscheint, ist Alltag in der Westbank: Israelis aus illegalen Siedlungen kommen in die palästinensischen Dörfer, versuchen provokativ, in den Trinkwasserreservoirs zu baden, und nicht selten kommt es dabei zu Gewalt, wenn die so provozierten PalästinenserInnen mit Steinwürfen reagieren. Im Februar forderte ein solcher Zwischenfall 2 Tote – Palästinenser, denn Gewehre haben nur die Siedler und die israelische Armee.

Die obige Szene hat sich so abgespielt, in Yanoun, einem Hundert-Seelendorf in der Nähe der Stadt Nablus im Norden der Westbank. Der erregt redende Mann war der Bürgermeister Rashed Mourar, der Mann mit dem Sturmgewehr ein Siedler

aus den illegalen Aussenposten der israelischen Siedlung Itamar, und der mit der seltsamen Weste, das war ich: ein „Ajanib“ oder „Internationaler“, entsandt von der schweizerischen NGO Peace Watch, der mit 3 KollegInnen in und um Yanoun Menschenrechtsverletzungen wenn möglich verhindern und ansonsten dokumentieren sollte.

Yanoun ist ein idyllisches Dörfchen, das im Jahre 2002 Berühmtheit erlangte, als die illegalen Siedler seine Bewohner zur Flucht zwangen, worauf es von israelischen und internationalen FriedensaktivistInnen friedlich besetzt wurde und damit wieder von seinen palästinensischen BürgerInnen in Besitz genommen werden konnte. Doch sein Alltag ist sowenig idyllisch wie überall in der Westbank, von der Situation im blockierten Gazastreifen ganz zu schweigen, über den man ja durch eigentlich durchwegs deprimierende Meldungen auch der internationalen Medien immer mal wieder informiert wird.

Die „Unparteiischen“

Als MenschenrechtsbeobachterInnen sollten wir unparteiisch sein – aber als Unparteiische mussten wir konstatieren, dass die häufigen Menschenrechtsverlet-

zungen praktisch immer von der israelischen Armee oder den Siedlern ausgehen: Olivenbäume der palästinensischen BäuerInnen werden von Unbekannten umgehackt – die Täter werden nie gefunden und auch nicht gesucht; Siedler dringen in abseits gelegene palästinensische Häuser ein und terrorisieren die BewohnerInnen. Die Armee konfisziert ohne Rechtsgrundlage Traktoren und reisst ganze Dörfer ab, mit dem Verweis auf „Sicherheitserfordernisse“, inklusive der mit ausländischen Hilfgeldern erbauten Schule. In einem Dorf zünden Siedler die Moschee an, was auch in Israel schockiert – aber auch hier bleibt die Täterverfolgung Formsache und ergebnislos. Selten können wir verhindernd eingreifen, oft nur dokumentieren, Präsenz zeigen, die von den PalästinenserInnen oft dankbar vermerkt wird, auch, weil sie hoffen, dass wir in unseren Heimatländern durch Schilderungen unserer Erfahrungen anwaltschaftlich wirken und dazu beitragen, dass die Welt nicht länger wegschaut.

Handeln in der Schweiz

Nun, 3 Monate nach meinem Einsatz, zurück in der Schweiz, ein wenig traumatisiert vom Schuldgefühl des privilegierten Reisenden, der wieder in seiner komfortablen Heimat lebt, sollte ich also Stellung beziehen für die Einhaltung der Menschenrechte in Palästina, Vorträge halten, Artikel schreiben. Das fällt schwer, denn das Ziel solcher Aktivitäten soll ja nicht sein, frustrierte ZuhörerInnen zurückzulassen, sondern den kritischen BeobachterInnen in der Schweiz eine Handlungsmöglichkeit zu bieten.

Hierfür gibt es nur wenige Möglichkeiten, aber es gibt sie. Eine ist: selber hingehen! Das ist etwas, was auch von PalästinenserInnen immer wieder angeregt wird, denn je mehr Menschen sich ein Bild von ihren Lebensbedingungen unter dem repressiven Besatzungsregime machen, desto eher kann internationaler Druck aufgebaut werden, der Israel zur Einhaltung völkerrechtlicher Bestimmungen zwingt und ein Ende der Besetzung ermöglicht. Jede und jeder, der 3 Monate Zeit erübrigen kann, kann einen Einsatz als freiwillige Menschenrechtsbeobachterin oder freiwilliger Menschenrechtsbeobachter leisten – kontaktiert Peace Watch Switzerland! Wer



Internationale Beobachter und Landbesitzer bei durch Siedler zerstörten Olivenbäumen

nicht reisen kann / will, kann die Arbeit von Peace Watch finanziell unterstützen. Und zu guter Letzt, das direkte Handeln: positiv, indem man Dinge aus Palästina kauft, die dem Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen nützen, z. B. das Olivenöl der Olivenölkampagne; negativ, indem man Dinge nicht kauft, die die Besetzung stützen. Ich selbst bin gegen einen Totalboykott israelischer Produkte, aber wie wärs mit einem Boykott von Produkten aus den illegalen Siedlungen der Westbank? Wie wärs z. B. mit Soda Club, dem Sprudelsystem für den Haushalt? Es wird in Ma'ale Adumim hergestellt, einer Siedlung bei Ostjerusalem, und bietet sich auch für begleitende Massnahmen wie Protestbriefe an die Grossverteiler (Migros) an. Wer immer sich für eine friedliche Lösung des Palästina-Konflikts und das Ende der Besetzung engagieren will, findet in der Schweiz und im Internet zahllose Möglichkeiten. Fangen wir an!

Jan Suter

www.peacewatch.ch



Siedler in Yanoun (Fotos: Jan Suter)

Palästina-Solidarität Basel

Serie: aktive Bewegungen

Im Rahmen unserer Serie, in der wir in Basel aktive Gruppierungen und Bewegungen vorstellen, porträtieren wir diesmal die Palästina-Solidarität Region Basel. Bulletin-Redaktor Martin Flückiger hat Urs Diethelm drei Fragen gestellt.

Seit Jahren engagiert sich die Palästina-Solidarität für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, in Israel und im Exil. Unter anderem ruft ihr zu einem Boykott israelischer Produkte auf und macht euch für Sanktionen gegen Israel stark. Zumindest in der Schweiz scheint bis jetzt aber noch keine breite Boykottbewegung entstanden zu sein, oder täuscht dieser Eindruck?

Urs Diethelm: *Die Kundendienste von Coop und Migros sehen das sicher anders. Im letzten Jahr sind viele neue AktivistInnen dazugestossen, die nicht mehr bereit sind, den ständigen Völkerrechtsverletzungen Israels zuzuschauen und sich für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS)*



Nakbs-Aktion in Basel

engagieren. Wir bereiten ein Faltblatt für KonsumentInnen über israelische Frischprodukte in Grossverteilern und Aktionen zum Sprudler Soda-Club vor, sind bei Anlässen wie dem Fussballmatch Schweiz-Israel präsent und planen für nächstes Jahr eine Aktionswoche an Unis und in den Quartieren. In England, Frankreich und Südafrika haben sich auch Gewerkschaften der BDS-Kampagne angeschlossen. Bei allem Enthusiasmus braucht es aber auch Zeit für Recherchen und Vernetzung, um Organisationen und erfahrene Persönlichkeiten für die Kampagne zu gewinnen.

Eine Schwierigkeit der Solidaritätsbewegung scheint mir zu sein, dass die palästinensischen Organisationen untereinander zerstritten und uneins sind. Auch fehlt eine positive Identifikationsfigur, wie sie Nelson Mandela im Falle Südafrikas verkörperte. Ist es angesichts dieser Voraussetzungen überhaupt möglich, eine breite Solidaritätsbewegung aufzubauen?

Der Zustand der palästinensischen Führung macht die Sache nicht einfacher. Er ist selbst ein Ergebnis der äusseren Umstände und stark durch die europäische

Die Palästina-Solidarität wurde 2003 gegründet. Sie setzt sich für einen gerechten Frieden in Palästina ein, der sich auf das internationale Recht und die Menschenrechte stützt. Unsere Arbeitsschwerpunkte sind die BDS-Kampagne und die Vernetzung auf nationaler Ebene. Interessierten senden wir gerne unsere halbjährliche Zeitung.

Kontakt: info@palaestina-info.ch

und US-amerikanische Kolonialpolitik geprägt. Die palästinensische Bevölkerung vor Ort hat da kaum etwas zu sagen. Umso wichtiger ist eine breite internationale Solidaritätsarbeit, die bei den strukturellen Ursachen und elementaren Rechten ansetzt.

In Bezug auf den Palästina-Konflikt ist zwar einigermaßen klar, wogegen wir sind. Bei der Frage, wofür wir uns engagieren, wird die Sache schwieriger. Ist die Zwei-Staaten-Lösung beispielsweise wirklich eine gute und realistische Idee?

Nicht die zukünftige staatliche Struktur ist entscheidend, sondern ob darin gleiche Rechte für alle realisiert sind. Das schliesst auch das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen und die der arabischen Bevölkerung im heutigen Israel mit ein. Die Stärke der palästinensischen BDS-Kampagne liegt darin, dass sie ihre Forderungen auf das Völkerrecht und die Menschenrechte stützt und Aktionsformen vorschlägt, wie diesen von aussen Nachdruck verliehen werden kann.



**Freiheit.
Gleichheit.
Würde.**

Für mich und dich.

Gesamtschweizerische Demo
gegen Rassismus und
gegen Ausgrenzung



**Solidarité
sans
frontières**

Bern, Samstag 26. Juni 2010

www.sosf.ch

Schwimmfest

Satire

Jeder Mensch hat das Recht zu schwimmen, auch grünliberale und rechtsbürgerliche Integrationspolitikerinnen und -politiker. Nur sollten Letztere während des Schwimmens nicht sprechen. Denn das ist ganz einfach unanständig.

Basel hat ein Problem. Die Temperaturen steigen, doch nicht alle gehen baden. Dabei ist nichts der Integration förderlicher als schwimmen. Guy Morin wäre nie Regierungsratspräsident geworden, wenn er in seiner Jugend nicht Schwimmunterricht genossen hätte. Achten Sie auf seine Hände, wenn er spricht! Und die Grünliberalen, die CVP und die EVP haben sich beim gemeinsamen Schwimmen mit rechtsbürgerlichen Bademeistern problemlos ins SVP-Boot integriert. So einfach ist das. Nur wer schwimmt, ist integriert.

Doch leider rudern sie auch, die Integrationspolitikerinnen und -politiker aller Couleur. Will heissen, sie lassen rudern. Denn eigentlich sitzen sie ja feudal im Boot, das von denen gerudert wird, die sie auf Biegen und Brechen integrieren wollen. Und als Schlüssel zur Integration gilt nun einmal – neben dem Schwimmen – die Sprache. „Du sprecken Deutz?“, lautet die integrationspolitische Gretchenfrage. Wer diese Frage nicht versteht, wer für unsere Kultur zentrale Begriffe wie „Sozialschmarotzer“ und „Scheininvaliden“ nicht in seinem Wortschatz und ausserdem das Pech hat, aus einem sogenannten Drittstaat zu stammen, hat ganz schlechte Karten, ausser er arbeitet bei Novartis oder ist Dozent am Biozentrum. Und wer die Frage versteht, wird gleich verdächtigt, ein hässli-

cher Deutscher zu sein, der nur darauf aus ist, uns unsere Arbeitsplätze wegzuschnappen und unsere Kultur zu verschandeln.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die aktuelle Integrationsdebatte meint eigentlich nicht Integration, sondern Ausgrenzung. Die Minarett-Abstimmung im Nacken und die Wahlen vor Augen, rudern die Politikerinnen und Politiker über den seichten Sumpf der Integrationspolitik, blind und taub, fordernd und fördernd, immer im Schlepptau der SVP, und weil sie noch nicht gestorben sind, rudern sie heute noch.

Doch das mit dem Schwimmen ist schon ein Dilemma. Ich sage es laut und deutlich: Schwimmen in der Burka ist nicht nur aus hygienischer Sicht nicht vertretbar! Das Kopftuch ginge ja als Badekappe-Ersatz gerade noch durch. Aber eine Ganzkörperverhüllung ist schon irgendwie anstössig, finden Sie nicht? Da sieht man ja noch weniger als bei einer Nonne!

Bleiben noch die Hassprediger, ein echtes Problem. Die tummeln sich vor allem im Grosse Rat, und die sollte man wirklich zum Schwimmunterricht verdonnern, am besten jeweils am Mittwoch, wenn der Grosse Rat tagt.

Rudi Ratlos

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von

Fr. _____.–

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Veranstaltungen

Mittwoch, 26. Mai 2010

„Gibt es eine Zukunft für einen humanistischen Islam?“

Vortrag mit anschliessender Diskussion

Referentin: Frau Dr. phil. Elham Manea,
Autorin des Buches:

„Ich will nicht mehr schweigen“ -
Der Islam, der Westen und die Menschenrechte

Elham Manea ist jemenitisch-schweizerische Doppelbürgerin. Sie ist Dozentin am Institut für politische Wissenschaften der Universität Zürich. Sie engagiert sich für einen humanistischen Islam und unterstützt das „Forum für einen fortschrittlichen Islam“. Sie lebt mit ihrer Familie in Bern.

● 19.30 Uhr, Uni Basel, Petersplatz 1

Impressum: Nr. 2/Mai 2010. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel